

Zeitung Hamburger Tischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlertgewerbes.

Organ sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen, sowie der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler rc. (E. H.)

Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementpreis 1 Mk. pro Quartal. Zu beziehen
durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Post-
nummer: 4117.

Herausgeber: W. Gramm, Hamburg. Verantwortlicher
Redakteur: Rich. Müller, Hamburg.
Inserate werden in der Expedition dieser Zeitung und bei
E. Jensen & Co. in Hamburg, Raboisen 87 I., angenommen.

Inserate für die dreigesetzte Petzzeitung oder deren
Blatt 25 Pf. bei Wiederholungen Rabatt für Stellen-
vermittlung 10 Pf. per Petzzeitung. Beilagen nach
Ueberentnahm

Bur heutigen Zeichen-Beilage.

Unsere heutige Beilage ist eine Holzdecke im
deutschen Renaissancestil aus dem 16. Jahrhundert.
Kries und Kehlstöcke aus Eichenholz mit dunkleren
Untersätzen (Einlagen). Die Theilung der Decke
ist, obgleich einfach gehalten, doch sehr originell
und klar; die Zeichnung wird den Bau wie
auch Möbeltischlern von Nutzen sein.

Die Redaktion.

Nach uns die Sündsluth.

Wahrhaftig! Wenn man das Verhalten der
herrschenden Klassen, sowie der Regierungen bei
uns wie in anderen Ländern, gegenüber der mit
jedem Tage lauter an die morschen Thore der
heutigen bürgerlichen und kapitalistischen Gesell-
schaft pochenden sozialen Frage in's Auge sah,
wahrhaftig! dann möchte man glauben, sie Alle,
die heute in Staat und Gesellschaft die Herrschenden
sind, handelten nur nach dem Leitmotiv:
„Nach uns die Sündsluth.“

Was ist denn bis heute zur Lösung der
sozialen Frage, d. h. der Frage: wie der immer
größer werdenden Ungleichheit in der Güterver-
theilung zu begegnen ist, geschehen? Nicht viel
mehr als nichts!

So lange von jener Seite das Vorhandensein
einer sozialen Frage überhaupt geseugnet wurde,
inden man das „immerreicherwerden“ Weniger
und die Verarmung der Masse für den natür-
lichen Lauf der Dinge, für „göttliche Weltordnung“
erklärte, und das war bis vor weniger als zwei
Jahrzehnten noch der Fall, so lange war es,
wenn auch nicht zu billigen, so doch begreiflich
und auch logisch, wenn man gesellschaftlichen Uebel-
ständen nicht abzuholzen suchte, deren Dasein man
bestritt.

Nachdem aber durch die bekannte kaiserliche
Botschaft vom November 1881 die Existenz dieser
Uebelstände, die man gemeinhin soziale Frage
nennt, nicht nur ausdrücklich anerkannt, sondern
sogar für so brennend erklärt wurden, daß der
Reichstag sich eine Mahnung zu fleißigeren Ar-
beiten gefallen lassen mußte, da, sollte man
meinen, hätten nun auch wirklich Maßregeln er-
griffen werden müssen, die wirklich geeignet waren,
jene Uebelstände, wenn auch nur nach und nach,
zu beseitigen.

Doch nichts von Alledem.

Zwar ist die in jener kaiserlichen Botschaft
mit soviel Emphase angekündigte soziale Reform
gekommen; es ist ein Kranken- und ein Unfall-
versicherungsgesetz geschaffen und vor Kurzem auch
noch als die „Krone“ der Sozialreform eine

Alters- und Invalidenversorgung. Alles zum
Besten der Arbeiter.

Es ist nicht unsere Absicht, auf diese Gesetze
hier des Nächsten einzugehen, wie wir darüber
denken, wissen unsere Leser. Die durch ihr
bloßes Dasein zum Ausdruck kommende Noth-
wendigkeit solcher Gesetze ist das Beste, was
an ihnen ist. Wir bleiben dabei, was wir schon
ofters über die offizielle Sozialreform gesagt
haben: Den Kernpunkt der sozialen Frage berührt
sie nicht. Sie beschäftigt sich nur mit dem er-
krankten, verunglückten, invaliden und alters-
schwachen Arbeiter und sorgt besser gesagt, will
dafür sorgen, daß dieser nicht zu hungern und
zu darben braucht, um den gesunden, hungrigen
weil arbeitslosen oder schlechtbezahlten Ar-
beiter kümmert sie sich nicht. Gegen alle Forde-
rungen, welche hierauf abzielen, also einen
wirklichen Arbeiterschutz im Auge hatten, hat sich
die Reichsregierung ablehnend verhalten. Ja
noch mehr: durch ihre Zoll- und Steuerpolitik,
modurch die nothwendigsten Lebensmittel und
Gebrauchsgegenstände vertheuert worden einerseits,
und andererseits durch politisch-reaktionäre Gesetze
und Gesetzesauslegungen, die den Arbeitern zum
großen Theil die Möglichkeit nehmen, sich durch
Koalitionen in etwas selbst zu helfen, ist auf die
Lebenslage der Arbeiterklasse in eminenter Weise
schädigend eingewirkt worden. Ist es da nicht
natürlich, daß von einer Verbesserung des Arbeiter-
loses und daraus resultirender Zufriedenheit mit
demselben, die ja die Folge der Sozialreform
sein sollten und wovon die offiziösen und Kartell-
blätter nicht genug zu faseln wissen, in Wirklich-
keit noch nichts zu spüren ist?

Der beste Beweis für diese Behauptung sind
ja die diesjährigen Massenstreiks.

Der größte Theil der Angehörigen der herr-
schenden Klassen lassen diesen Beweis allerdings
nicht gelten. Nach deren Meinung entspringen
die Streiks nicht aus der Noth der Arbeiter
oder der auf Erkenntniß ihrer Klassenlage be-
ruhenden Ueberzeugung, zur Forderung einer
besseren Lebenslage berechtigt zu sein, sondern
sind das künstliche Produkte „gewissenloser Agita-
toren und Aufheber“.

Was ist da nun selbstverständlich und logi-
scher, als daß sich auch die zur Verhinderung
der Streiks von jener Seite ergriffenen Maß-
regeln in erster Linie gegen die „Aufheber und
Agitatoren“ richten und statt mit wirklichen
Arbeiterbeschützgesetzen, mit Streikklassen, Vereins-
und Versammlungsbeschränkungen, Ausnahmegesetz
und Kontraktbruchsgesetz gegen die Arbeits-
einstellungen zu Felde ziehen.

Ja, selbstverständlich und logisch würde eine
solche Bekämpfung der Streiks sein, wenn
nun wenn Jene, die diese Bekämpfung empfehlen
und sich ihrer bedienen, auch wirklich davon
überzeugt wären, daß die Arbeitseinstellungen
lediglich durch „Verhebungen“, „Aufwiegelun-
gen“ usw. entstehen.

Aber wer ist wohl heute noch dieser Ueber-
zeugung? Wir behaupten, kein geistig gefunder-
denkschäfiger Mensch. Hätte wirklich nochemand
dieser Ueberzeugung gelebt, der diesjährige Berg-
arbeiterstreik hätte sie zweifellos vernichtet. Aller-
dings haben die rheinisch-westfälischen Kohlenbarone
und Grubenbesitzer auch heute noch die — wir hätten
bald gesagt Freiheit — Sten, durch ihre Organe,
z. B. die „Rhein-Westf. Ztg.“, behaupten
zu lassen, der Bergarbeiterstreik sei „von außen“
in die Bergbaureviere getragen worden. Auch
die Dortmunder Handelskammer hatte die Kühn-
heit gehabt, dasselbe zu behaupten und in einer
Eingabe an den Reichskanzler, statt Einigungs-
ämter und sonstige Maßregeln zu Gunsten der
Arbeiter neue Strafgesetze, in erster Linie ein
Kontraktbruchsgesetz, zu fordern.

Obgleich wir überzeugt sind, daß jene Be-
hauptungen von dem „von außen“ hineingetragenen
„Streik“ wider besseres Wissen gemacht werden,
so nehmen sie uns doch ebensowenig Wunder,
als wie sich andere Leute darüber wundern werden,
die sich um öffentliche Dinge kümmern. Von
Kapitalisten, Körperschaften, wie sie die meisten
Handelskammern sind, ist eben nichts Anderes zu
erwarten. Die Mitglieder dieser Kammern sind
in der Regel selber Geldmänner, die an ihren
im Geldschrank trauenden Gott Mammon mit
solcher Verehrung hängen, daß sie in der Aus-
wahl der Mittel durchaus nicht wählerisch sind,
welche diese ihrem Abgott, wenigstens so lange
sie leben, vor Unbill zu schützen vermögen. Nach
ihrem Tode mag die Sündsluth kommen.

Das Verlangen der Dortmunder Handels-
kammer nach krimineller Bestrafung des Kontrakt-
bruches ist an sich zwar recht bezeichnend, hat
aber im Uebrigen nicht viel zu bedeuten, da
zwischen dem Wunsch einer Handelskammer und
einem Gesetz eben immer noch ein kleiner Unter-
schied ist. Rechtsdestoweniger haben die deutschen
Arbeiter doch alle Urtache, auf der Hut zu sein,
wenn sie nicht eines schönen Tages mit einem
wirklichen fit und fertigen Kontraktbruchsgesetz überrascht seien wollen. „Gespült“ hat es in dieser
Beziehung schon länger. Die kriminelle Bestraf-
fung des Kontraktbruches war von jeher ein
Lieblingswunsch der Büttler und in jüngster
Zeit ist diese Frage auch von der gesammten

offiziösen Presse erörtert worden. Auch erinnern wir daran, daß der Reichskanzler in seiner letzten Reichstagsrede bekanntlich den Ausspruch that, es müßten Maßregeln getroffen werden, welche verhinderten, daß Deutschland nicht eines Tages ohne Kohlen sei.

Diese Maßregeln können zweierlei Art sein. Entweder es wird für Verbesserung der Lebenslage der Bergarbeiter gesorgt, damit diese keine Ursache zum Streiken haben, oder es wird ihnen durch drakonische Gesetze unmöglich gemacht.

Ob der erste Weg beschritten wird, wie zu wünschen wäre? Wir bezweifeln es. Und zwar schon deshalb, weil, wie gelegentlich des vor kurzem stattgefundenen Streiks bekannt geworden ist, die Arbeiter in den dem Staate gehörigen Bergwerken um kein iota besser, teilweise sogar noch schlechter daran sind, als in Gruben der Privatbesitzer. Uebrigens ist, nebenbei gesagt, fast in sämtlichen anderen Staatsbetrieben dasselbe der Fall. Folglich bleibt nur der zweite Weg übrig. Und in dieser Beziehung läßt die Stellung, welche die Regierung schon seither den Arbeitseinstellungen gegenüber eingetragen, das Schlimmste befürchten. Und da man ferner keine besonderen Ausnahmegesetze für die Bergarbeiter wird erlassen wollen und können, so ist eben zu befürchten, daß der gesamten deutschen Arbeiterschaft neue Zwangsgesetze in Aussicht stehen.

Die Sache liegt auch einfach. So lange eine Regierung sich nicht auf die breite Masse des Volkes stützt, sondern die Stütze ihrer Macht bei den bestehenden Klassen sucht, so lange wird sie diesen auch zu Willen sein müssen. Den treffendsten Beweis dafür hat ebenfalls der Bergarbeiterstreit erbracht.

Der Kaiser empfängt eine Deputation streikender Bergleute und verspricht dieser, ihre und ihrer Kameraden Klagen eingehend untersuchen zu lassen. Und als nun diese Untersuchung stattfinden soll, da weigert sich die Herren Grubenbesitzer und Kohlenbarone, den Untersuchungskommissionen die nöthige Auskunft zu geben und machen auch sonst allerhand Schwierigkeiten. Wer noch an die Möglichkeit eines sozialen Königthums geglaubt, dem dürfte dieser Glaube durch die Vorgänge, wie sie sich jetzt im Rheinland und Westfalen abspielen, arg erschüttert werden.

Für jeden Denkenden ergibt sich hieraus die Lehre, daß, wenn die Regierung wirklich ernstlich besteht in, daß Losos der Arbeiter zu verbessern, daß nur geschehen kann, wenn sie mit diesen selber Hand in Hand geht. Bevor dies aber geschehen könnte, müßte sich gar manches ändern. Der Arbeiter wird nicht in eine Hand einschlagen, die unablässig eine Peitsche über ihm schwingt. Und daß diese Peitsche baldigst bei Seite gelegt wird, diese mannißsachen Aenderungen baldigst eintreten, das zu hoffen, sind wir nicht Optimist genug. Es steht vielmehr zu erwarten, daß die Regierung auch bei ihren weiteren Maßnahmen gegen die Streikbewegung sich von dem Motto leiten läßt: Nach uns die Sündflut.

Die erste Generalversammlung der Zentral-Kräfte- und Sterbehilfe der Fischler und anderer gewerblicher Arbeiter

Beginn am Sonntag nach 8 Uhr im Königlichen Casino zu Berlin ihre Verhandlungen mit einer Anzahl des Vorzügenden des Berliner Lokalcomités, Herrn R. A. S. T. Derselbe betont, daß es der Wunsch und die Absicht der vor zwei Jahren in Dresden stattgefundenen Generalversammlung gewesen sei, daß Statt so breitbasiert wie nur möglich zu gefallen. Allgemein habe man geglaubt, daß gewisse Ziel erreichen zu haben. Jedowollte man das Resultat seiner Abänderungen durch Ausdehnungen und Aenderungen der Arbeitsbedingungen weiter verbessern. Die Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung wurde zur Notwendigkeit. Obgleich jetzt die Abgeordneten zur ordentlichen Generalversammlung bereit seien, so finden denselben doch abweichende Lage vor, um die Hürden zu überwinden, welche der freie Aufbau des Kassenvermögens entgegenstehen, bevor den noch zu erwartenden Erfolgen genügt begegnen zu können. Der Redner kloß der

gemessene Ernst, welcher die Versammlung beherrsche, sowie die entschlossene Thatkraft der ihm meist persönlich bekannten Abgeordneten bürge dafür, daß die bevorstehenden Arbeiten nur zum Besten des Instituts beitragen würden. In diesem Sinne heisse er die Abgeordneten herzlich willkommen.

Der Vorsitzende der Kasse, Herr Blume, erklärte hierauf die erste Generalversammlung für eröffnet. Infolge der vorausgegangenen Ansprache verzichtet er auf eine solche, um sofort in die Tagesordnung einzutreten zu können. Nach Verleihung derselben wird eine Mandatsprüfung, und eine Geschäftsaufstellungskommission gewählt. Die Wahl der Beschwerdekommission wird ausgeführt, bis die ersten beiden Bericht erstattet haben.

Auf Wunsch des Vorsitzenden beschließt die Generalversammlung, daß Vorstandsmitglied Herrn Speckmann zur Zukunftserhebung in der Reichsversammlung sowie zu sonstiger Beihilfe telegraphisch herbeizurufen. Die Verleihung der Präsenzliste, nach der die Generalversammlung aus 74 Abgeordneten bestehen soll, ergab die Anwesenheit von 71. Zwei fehlten und einer hat sein Mandat wegen begangener Unregelmäßigkeiten niedergelegen müssen und die davon betroffene zwölftete Wahlabteilung eine Neuwahl vorzunehmen.

Ein Autrag, die Schriftführer der Generalversammlung gegen Entschädigung der Zeitverhältniß aus den Berliner Mitgliedern zu wählen, wird als gegen alles verkommen und parlamentarischen Brauch gegen zwei Stimmen abgelehnt. Schluß der Sitzung 9½ Uhr.

Die zweite Sitzung begann Nachmittags 3½ Uhr. Fünf Abgeordnete fehlten bei Verleihung der Präsenzliste. Sämtliche 71 Mandate werden dem Kommissionsantrag gemäß für gültig erklärt.

Die von der Geschäftsaufstellungskommission ausgearbeitete Geschäftsaufstellung wird mit einigen Ergänzungsanträgen angenommen. Es erfolgt nunmehr die endgültige Konstituierung der Generalversammlung durch Wahl von zwei Adjutanz-Vorsitzenden, zwölf Schriftführern, vier Führern der Rednerliste. Desgleichen wird eine fünfzehndelige Statutenrevisionskommission eingesetzt.

Die Wahl der Reichsversammlung wird, um eine völlig unabhängige, von jedem Einfluß befreite Zusammensetzung zu garantiren, mittels Stimmzettel gewählt. Dieselbe besteht aus den Herren Rosenstengel, Schmidt, Lebig, Bötel, Stug.

Bei Eintritt in die Berathung des dritten Punktes der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Ausschusses, des ersten Vorsitzenden, des ersten Hauptfährers und der Kostenprüfungskommission, übernimmt Herr Ritter Berlin den Vorort.

Nach dem durch den Vorsitzenden des Ausschusses eröffneten Bericht und in der letzten Geschäftspériode 318 Streitfälle zu erledigen gewesen. Davon wurden in 137 Fällen die Beschwerdeführer abgewiesen; in 64 für begründet erachtet und die Vorhandsbeschluße ausgehoben, und in 111 Fällen wurde die Entscheidung des Vorstandes prinzipiell anerkannt, aber materiell anders entschieden.

Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden sind in der zweijährigen Geschäftspériode beim Vorstand in Hamburg 37.500 Sendungen ein- und 21.831 ausgegangen. In dem Bericht wird weiter hervorgehoben, daß die in früheren Jahren so häufig vorgekommenen Belästigungen der Kasse durch die Ortskassen in letzter Zeit sehr nachgelassen haben und nur noch vereinzelt Prozesse schwanken.

Die sich an diesen Bericht anknüpfende Debatte und die, namentlich die Auslegung des Status zum Gegenstand hat, wird um 6 Uhr abgebrochen und auf die nächste (dritte) Sitzung vertagt.

Dieselbe wird am Montag früh 8 Uhr durch Herrn P. J. A. N. K. C. eröffnet. Nach Verleihung und Richtigstellung des Protokolls der ersten Sitzung wird die abgebrochene Debatte aus der vorigen Sitzung fortgesetzt. Das Resultat derselben ist, daß dem Vorstand die laut gewordenen Ansichten der Generalversammlung zur Beachtung empfohlen werden.

Nunmehr erfolgt die Verleihung des Kostenberichts des ersten Hauptfährers Herrn W. R. A. T. Der Stand der Mitgliederzahl, welcher durch verschiedene Prozesse in dem Jahre 1877 um circa 4000 zurückgegangen war, ist jetzt wieder auf 7300* genommen. Höchst interessant ist die statistische Auflistung des Berichts, welche sich auf die zehnjährige Periode 1877-87 erstreckt. Danach betrug die

G e n u n g s	A u s g a b e
1877 M. 37504.16	1879 M. 37957.54
1880 48482.19	1880 41056.60
1881 76521.42	1881 76184.78
1882 131782.84	1882 119383.63
1883 248171.57	1883 215426.55
1884 683798.57	1884 585755.72
1885 1433721.21	1885 1327251.69
1886 1534789.73	1886 1405669.32
1887 1576510.30	1887 1463674.46
1888 1597103.51	1888 1377233.34
Zus. M. 7368743.41	Zus. M. 6649595.63

Die Gesamt-Gewinnahme betrug M. 7368743.41
Die Gesamt-Ausgabe betrug 6649595.63

Der Überschuß, beträgt demnach M. 719147.78
Hierzu der am Schluß des Jahres 1878
vorhandene Bestand 7150.26
Demnach betrug das Kassenvermögen
ultimo 1888 M. 726298.04

Auf die Zahl der Mitglieder vertheilt, ergab sich folgendes Gesamtbild:

Jahr	Mitglieder	Bemögens-	pro Mitglied
1879	2867	M. 6696.88	M. 2.51
1880	4162	14122.38	3.34
1881	6662	14759.02	2.13
1882	11352	27136.20	2.40
1883	24148	59901.25	2.48
1884	70187	157944.10	2.22
1885	70921	264471.62	3.72
1886	74338	393592.93	5.28
1887	71664	506427.87	7.
1888	71678	726298.04	10.13

Von den in Rechnung gestellten Krankengeldern, im Betrage von M. 2432 599.32, wurden an die Mitglieder M. 2289 716.73, an die Angehörigen derselben M. 2078.60 und an die Krankenanstalten M. 140 803.90 gezahlt.

Bereinnahmt wurden in den zwei Jahren an Beiträgen insl. der Extrasteuern M. 3 060 237.20, demnach mußte dem Reservefonds die Summe von M. 306 023.72 überwiesen werden, demselben sind aber in Wirklichkeit M. 322 506.01 zugeführt worden, mithin mehr M. 26 682.29. Der noch zu deckende Fehlbetrag aus den Jahren 1885 und 1886 beläuft sich auf M. 43 211.36, von welchem die erste Summe in Abzug zu bringen ist; es muß also zur vollen Ergänzung der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklage zum Reservefonds in diesem Jahre (außer den bekannten 10 Prozent) demselben noch die Summe von M. 17 229.07 zugeschrieben werden. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß dieses, ohne besondere Bestimmungen zu treffen, geschehen kann.

In der über diesen Bericht geslogenen Debatte werden, namentlich vielfach Klagen und Wünsche laut über noch häufig vorkommende mangelhafte Kassenführung in einzelnen Zahlstellen. Die von der Kassenprüfungskommission beauftragte Dechargeertheilung wird von der Generalversammlung einstimmig genehmigt.

Die vierte Sitzung eröffnet Herr Ritter Nachmittags 4 Uhr. In dieser handelt es sich hauptsächlich um Namen und Sitz der Kasse. Ein näherer Bericht fehlt uns noch, doch können wir das Endresultat der in dieser sowie in der fünften Sitzung hierüber geführten Debatten mittheilen. Dasselbe bestand in dem mit 69 gegen 5 Stimmen gefassten Beschuß, die Sitz der Kasse in Hamburg zu belassen.

Vereine und Versammlungen.

Braunschweig. Um den Kollegen Deutschlands einen weiteren Bericht über den Stand unserer Bewegung zu geben, wollen wir hauptsächlich über den Verlauf der letzten am 28. Juni abgehaltenen öffentlichen Fischerversammlung berichten. Dieselbe war sehr zahlreich besucht, was ein Beweis ist, welches rege Interesse die Kollegen Braunschweigs an unserer Bewegung haben. Zu dieser Versammlung war auch Kollege Kloß aus Stuttgart anwesend. Zuerst berichtet Kollege Sennfeld über den Stand unserer Bewegung und teilt unter Anderem mit, daß derselbe nur ein guter zu nennen sei, daß noch keine Überläufer zu verzeichnen, dagegen noch mehrere Kollegen zu uns übergegangen sind. Unsere Forderung haben bis jetzt 26 Meister mit circa 70 Gesellen bewilligt. Es wurde zu diesem Punkt folgende Resolution eingeführt: "Die heutige Versammlung beschließt: Da die Forderung der Unterschrift der Meister nur gestellt wurde, weil einige Meister, trotz erfolgter Zusage, solche in Abrede stellten, kann von der Unterschrift in Zukunft abgesehen werden, sofern die mündliche Zusage in Gegenwart von mindestens zwei Kommissionsmitgliedern und zwei Gesellen der betreffenden Werkstatt erfolgt." Nachdem mehrere Redner, darunter auch Kollege Kloß, sich für diese Resolution ausgesprochen, wurde sie angenommen. Zum zweiten Punkt: "Die Unterstützungsfrage", wurde beschlossen, dieselbe Unterstützung wie bisher zu zahlen, jedoch mit dem Zusatz, daß die Frauen der abgetretenen Kollegen eine wöchentliche Unterstützung von M. 5 erhalten sollen, ebenso auch Kollegen in dringenden Notfällen einen Miethezuwendung. Zum dritten Punkt: "Die Organisation der deutschen Fischler", referierte Kollege Kloß. Derselbe hielt uns einen interessanten Vortrag über die Entwicklung des Handwerks von den ersten Anfängen bis zur Zeitzeit. Um die sich immer mehr entwickelnde Macht des Kapitals zu bekämpfen, sei eine strenne Organisation aller Arbeiter nötig. Daß dieser Organisation von Seiten der Regierung und Behörden so viele Hindernisse entgegengesetzt würden, sei bedauerlich, weil ungerecht. So sei zum Beispiel die Verwaltungsstelle des Deutschen Fischerverbandes in Braunschweig unter das Sicherungsgesetz gestellt und verboten worden, trotzdem verschiedene Gerichtshöfe, und darunter auch der höchste preußische, entschieden hätten, daß der Deutsche Fischerverband keine Sicherungsanstalt sei. Hoffentlich werde auch hier sehr bald von dem ordentlichen Richter ein gleiches Urtheil gesprochen werden. Redner forderte die Braunschweiger Kollegen deshalb auf, bis zu diesem Entschluß eine strenne Lokalorganisation zu gründen, damit das durch den Kampf Errungene nicht wieder verloren gehe.

Verteidigung. In Nr. 25 dieses Blattes: Bericht von Braunschweig über Kollegen Ziesendorf soll es nicht heißen 13 Wochen, sondern 20. acht Wochen und nicht Tag der Niederlegung, sondern Tag der Kündigung. Die Kommission

J. A. H. Str.

Lübeck. Wie den Kollegen Deutschlands bekannt, befinden wir uns seit dem 1. April im Streit. Derselbe ist bis heute von beiden Seiten mit aller Energie geführt worden und ist ein Ende auch leider noch nicht abzusehen, da wir gewillt sind auszuhalten, bis der Sieg voll und ganz auf unserer Seite ist. Den Kampf haben wir heute nur noch mit der Fassung zu führen. Die Halsstarrigkeit derselben ist so groß, daß deren Mitglieder lieber zu Grunde gehen, als nachzugeben. Einer der Herren hat bereits seine Bänke und Werkzeug verkauft und das Weite gesucht. Derselbe hat auch erzählt, daß der Obermeister erklärt habe, er wäre Bankerott auf alle Fälle, wenn er die Gesellenforderungen bewillige und auch wenn er sie nicht bewillige. Er wähle darum das Letzte. Verhält es sich mit dem Obermeister so, dann trägt er die Schuld selber und wird sie nicht den „unverschämten“ Gesellen in die Schuhe schieben können, denn daß von den Geschäftsinhabern, welche unsere Forderungen bewilligt haben, einer dieserhalb Bankerott gegangen sei oder gehen müsse, davon hat Niemand etwas gehört. Da gegen dürfte dies noch Manchem von den Fassungshelden passieren, die nichts bewilligt haben. Auf Hülfe und Beistand hat da keiner beim Andern zu rechnen. Im Gegentheil, nur schadenfrohes Lachen bekommt Jeder von seinen Konkurrenten zu hören, der zu Grunde geht, ob das infolge einer Lohnbewegung oder aus anderen Ursachen geschieht, bleibt sich gleich. Bei diesen Leuten befindet sich eben der Konkurrenzneid an Stelle des Solidaritätsgefühls, welches bei den Arbeitern aller Branchen vorhanden, das sich so oft behägt, auch jetzt bei unserem Kampfe, und an das wir hiermit abermals appelliren. Da die deutschen Kollegen durch ihre thatkräftige Hülfe uns bisher in den Stand gesetzt, allen Anforderungen zu genügen, hoffen wir, daß dies auch noch ferner geschehen wird. Wir hoffen um so mehr, daß wir nicht verlassen werden, da wir auch stets allen in ähnlicher Lage befindlichen hülfsbedürftigen Kollegen stets zur Seite gestanden haben und es künftig ebenso halten werden. Vor allen Dingen ist der Zugang nach hier streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Tischler Lübecks.

Bernburg. Nach kurzen, aber heftigen Kampfen ist es gelungen, unsere Forderungen, 28., Mindestlohn pro Stunde und zehnständige Arbeitszeit, durchzusetzen. Anfangs sträubten sich die Herren Meister, gar gewaltig, ja, in der im Mai abgehaltenen Meistersversammlung (eine Tischlerinnung besteht hier nicht) wurde eine Resolution einstimmig angenommen, niemals diese „unverschämten“ Forderungen der Gesellen zu bewilligen. Man stützte sich daran, daß der Fachverein bereits vor zwei Jahren polizeilich aufgelöst sei, daß ferner zweimal die Errichtung einer Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes durch polizeiliches Verbot unmöglich gemacht wurde, daß die Tischlergesellen also hier keinen Zusammenhalt hätten und die Bewegung nur das Werk einiger „Heister“ sei. Aber die Herren Meister hatten die Rechnung — ohne Überlegung gemacht. Die darauf folgenden öffentlichen Versammlungen bewiesen, daß trotzdem die Organisation der Form nach unmöglich gemacht ist, doch die Kollegen hier zusammenhalten können. Da in diesem Sommer die Bauthäufigkeit eine sehr große ist und 21 Kollegen sofort abreisen, so saßen die Meister in der Patsche, und dieselben Meister, die 14 Tage früher einstimmig beschlossen hatten, niemals die „unverschämten“ Forderungen der Gesellen zu bewilligen, teilten nun der Streikkommission durch Namensunterschrift mit, daß sie diese Forderungen anerkennen wollten. Wir erklärten somit den Streit für beendet. Es wird uns nun vielleicht der Vorwurf treffen, daß wir, entgegen dem Beschlusse des Braunschweiger Kongresses, auf eigene Faust eine Lohnbewegung unternommen haben. Wenn man aber bedenkt, daß bis jetzt von circa 90 Tischlern höchstens acht dem Verbande als Einzel-Mitglieder angehörten, daß trotz alter Mühe die Kollegen — von der Vergnügungs- und Gesangvereinsduselei nicht abzubringen waren, dann wird wohl zugestanden werden müssen, daß unsere Vorgehen gerechtfertigt erscheint.^{*)} Hoffentlich haben wir durch unsere Bewegung noch mit erreicht, daß die Kollegen mit der Arbeiterbewegung bekannt werden und sich mit ernsteren Dingen als mit der bloßen Abhängigkeit von Vergnügungen beschäftigen. Die nach hier reisenden Kollegen ersuchen wir, nur unsere Herberge und unseren Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Beides befindet sich im „Tischlerverkehr“ (Restaurant Hösinghoff) Steinstraße 4. Die Arbeitsvermittlung geschieht an den Wochentagen von 7½—9½ Uhr Abends, Sonntags Mittags von 11—12 Uhr.

Mit kollegialischem Gruss
Die Kommission der Tischler Bernburgs.

J. A. Johannnes Schmidt.

Schwerin. 1. Juli. Da unser Ort der erste gewesen, der dieses Jahr in eine Lohnbewegung eingetreten ist, so sind die auswärtigen Kollegen gewiß, und zwar mit Recht,

^{*)} Daß die Bernburger Kollegen keine Ursache und kein Recht zu ihrer Bewegung gehabt hätten, soll damit nicht gejagt sein; wenn wir hier bemerken, daß es ein sehr gewagtes Unternehmen ist, mittelst eines Streiks die Arbeiter von der Vergnügungs- und Gesangvereinsduselei abbringen zu wollen. Daß die Bernburger Kollegen damit so glücklich gefahren, ist recht erfreulich und ihnen von Herzen zu gönnen; möchten aber diese Ausfristungsmethode anderweitig nicht nachgeahmt wissen, denn unter zehn Fällen dürfte in neun ein schiefes Ausgang sicher sein. Es ist aufrichtig und organisiert, in welcher Form dies auch immer sei, und dann — wenn's anders nicht geht — streiken. Anmerk. d. Red.

neugierig, wie hier die Sache steht. Unsere Lohnbewegung begann bekanntlich mit dem Einreichen eines Birkulars Ende Januar an sämtliche hiesige Tischlermeister. Dieses hatte zur Folge, daß der Unterzeichner desselben gemahregelt wurde, und die Folge hieron wieder war, daß ⅔ der in der Pe o'schen Werkstatt arbeitenden Kollegen die Arbeit niedergelegt. Auf die Tagebliebenen legten wir mit zwei Ausnahmen keinen großen Werth, sie konnten uns nicht viel schaden; auch waren alle Versuche, dieselben zu überreden, vergeblich. Nun fanden sich aber eine Anzahl hiesiger Kollegen, die unter anderen Umständen nicht von Herrn Pe o eingestellt worden waren und auch sonst nur in den dringendsten Nothfällen beschäftigt werden, welche diese Gelegenheit wahrnahmen und bei Pe o in Arbeit traten. Als die Fassung (unter Herrn Pe o) unsere Forderungen bewilligt, machte Leiterer auf sein Ehrenwort verschiedene Zusicherungen, ob die gegen seine Leute gemachten Bedingungen der Lohnkommission gegenüber zurück und vertragte, daß eine Anzahl ihrer vor der Lohnkommission beschäfteter Arbeiter zu entlassen. In unserer Versammlung wurde deshalb die Sperrre aufgehoben und jungen auch sofort einige seiner Leute wieder an. Als jedoch die Lebriegen alle wieder kamen, da befahl jedesfalls Herr Pe o Angst, daß die Fachvereinler wieder die Oberhand in seiner Werkstatt gewinnen möchten und er wies diesen Zuletzgetümnen die Thür. Infolgedessen wurde die Sperrre zum zweiten Male über die Werkstatt verhängt. Herr Pe o machte nun wieder ernste Anstrengungen, von auswärts Leute heranzuziehen, aber diese mißlangen ihm völlig. Die Werkstatt wurde aber trotzdem nach und nach befreit und zwar von hiesigen Kollegen, die auch dem Verbande angehörten. In unserer letzten Versammlung wurde deshalb die Sperrre als unwirksam aufgehoben und zwar des zu großen Indifferenzismus einer Anzahl Kollegen halber. Trotzdem der Zugang nach hier ein ganz enormer war, so sind doch die Fremden gleich wieder abgereist, die Streitbrecher waren diesmal ein Theil der Schwester Kollegen. Wir wollen es jetzt versuchen, daß wir wieder gute Kräfte in diese Werkstatt bringen, um sie wieder für uns zu erhalten. Jedenfalls wird Pe o auch unter seinen „Gefreien“ etwas aufräumen, den Anfang hat er wenigstens schon gemacht. Jetzt, nachdem diese uns den Streit illusorisch gemacht, werden sie von ihrem Arbeitgeber zum Danke dafür an die Lust gezeigt, aber als Streitbrecher waren sie immer zu gebrauchen. Bei dem partiellen Streit hat es sich auch wieder hier gezeigt, daß nur Arbeiterzeitungen die Interessen der Arbeiter vertreten, denn die hiesigen konservativen und liberalen Zeitungen nahmen unsere Versammlungsberichte, in denen von der Pe o'schen Werkstatt die Rede war, nicht an, trotzdem Versammlungsberichte mit anderen Themen aufgenommen wurden. Also, wenn man sich im Kampfe befindet, dann sind derartige Organe nicht als Waffe für uns zu gebrauchen, ja sehr häufig werden die Arbeiter noch mit Schmied beworfen. Durch eine Denunziation des Herrn Pe o sind auch zwei Verbandsmitglieder wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung in Anklagezustand versetzt. Das Amtsgericht erkannte sich nicht für zuständig und verwies die Sache an's Landgericht. Und nun zu den Errungenchaften unserer Organisation. Trotzdem die Fassung sich anfänglich sträubte, mit der so verhafteten Lohnkommission zu unterhandeln, wurde sie doch durch das entschiedene Auftreten letzterer und des Obermeisters Herrn Schwaier dazu gezwungen. Es fand eine Unterhandlung statt, in der auf einen Theil unserer Forderungen eingegangen wurde. Bewilligt wurde: 1. Die zehnständige Arbeitszeit. 2. Ein Minimallohn von M. 15; Denjenigen, die diesen Lohn und darüber schon erhalten, ein Aufschlag von 10 v. p. auf den seitherigen Lohn, jerner ein Aufschlag von 10 v. p. auf sämtliche Auffordarbeiten. 3. Die Befreiung seitens des Meister hört auf. 4. Der Minimallohn resp. der höher vereinbarte Lohn muß am Schlusse jeder Woche, ganz gleich, ob in Aufford oder Lohn gearbeitet wurde, ausbezahlt werden. Sonntags und nach Feierabend wird nur in den dringendsten Nothfällen gearbeitet und zwar mit einem Aufschlag von 25 v. p. 5. Einführung von Lohnbüchern. 6. Die Garantie für die Unterhaltung obiger Vereinbarung übernimmt die Fassung. Über die übrigen Punkte unserer Forderungen konnte keine Einigung erzielt werden und wurde diese deshalb fallen gelassen. Wenn wir auch nicht Alles erreicht haben, was wir wünschten, so sind doch wesentliche Zugeständnisse gemacht worden. Wir haben hier einen großen Schritt vorwärts gethan, und an den hiesigen Kollegen wird es auch liegen, das Errungene aufrecht zu erhalten. Mögen unsere Erfolge ein Sporn sein für die hiesigen Kollegen sowie für die Kollegen allerorts, weiter zu streben und zu ringen auf der eingeschlagenen Bahn ohne Bangen und Zagen, ohne Entmuthigung und Verbitterung, immer unter Ziel fest im Auge behaltend und hauptsächlich für Ausbreitung unserer Organisation Sorge zu tragen.

Im Auftrage: Günter.

Pforzheim. Auch hier haben sich die Kollegen aufgerafft und Forderungen an die Arbeitgeber gestellt, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse etwas aufzubessern. In einer zu dem Zwecke einberufenen Versammlung wurde beschlossen, den Arbeitgebern am 25. Juni die folgenden Forderungen zu unterbreiten: 1. Eine zehnständige Arbeitszeit. 2. Ein Lohnaufschlag von 20 Prozent für Nachfeierabend- und Sonntagsarbeit. Die jetzige Arbeitszeit ist elf Stunden. Wir glaubten dennnoch, daß unsere Forderungen keine unverschämten sind und haben wir dieselben deswegen so gering gestellt,

weil wir hofften, die Arbeitgeber würden und könnten sie bewilligen. Die Arbeitgeber waren zu einer zu dem Zwecke einberufenen Versammlung eingeladen, aber von den circa 40 hier am Orte sich befindenden, erschienen vier, von welchen einer betonte, daß er am liebsten nur acht Stunden arbeiten ließ, wenn seine Konsumenten nur besser bezahlten. Es wurde ihm darauf erwidert, daß er doch wohl die zehnständige Arbeitszeit bewilligen könne. Da also auf diesem Wege eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde eine Kommission von drei Personen gewählt, mit dem Auftrage, von Meister zu Meister zu gehen und sich die Unterschrift zu holen, wobei die Arbeitgeber, mit Ausnahme von dreien, unsere Forderungen unter der Bedingung anerkannten, daß sich sämtliche ihrer Kollegen dazu bereit erklärten. (Eine Ausrede, so billig wie Brömbeeren. D. Red.) An demselben Abend hat d. die Meister eine Versammlung, was zufällig zu unserer Kenntnis gelangte. Wir ließen anfragen, ob unsere Kommission dort Zutritt haben könnte, was verneint wurde. Am 29. Juni fand unsererseits eine Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, an unseren Forderungen festzuhalten und daß am 1. Juli abermals eine Versammlung einberufen werden soll, wo über eine definitive Arbeitseinstellung entschieden werden soll. Eine Versammlung, in welcher Kollege S. omke sprechen sollte, wurde aufgelöst. Die Aufführung darüber war eine sehr große. Zum Schluß ersuchen wir, den Zugang von hier fernzuhalten.

Hamburg-Altona. Der Verbands-Vorsitzende, Kollege Carl Koch, sprach in voriger Woche auch hier in zwei gut besuchten Versammlungen. In Hamburg, der Republik und freien Hansestadt, in der öffentlichen Versammlungen nicht stattfinden dürfen, war es eine Mitgliederversammlung des Verbandvereins, in der Gedenktag über das Thema: „Arbeitslohn und Streiks“ referierte. In Altona, wo nur dann und wann, wenn der Staat in ganz besonderer Gefahr schwebt, die öffentlichen Versammlungen verboten werden, war eine solche gestattet worden. Die Tagesordnung lautete: „Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen.“ In beiden Versammlungen ertrat der Referent für seine klardurchdachten Vorträge großen Beifall. Auf die besonders interessante Altonaer Versammlung werden wir noch ausführlicher zurückkommen.

Flensburg. Ueber die Lage der Tischler und die Mittel zur Aufbesserung derselben sprach Kollege Koch am 24. Juni hier in recht gut besuchter öffentlicher Tischlerversammlung. Von einer Wiedergabe der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Aussführungen nehmen wir mit Rücksicht auf den Raum d. Bl. Abstand. Als eins der oben bezeichneten Mittel wurde seitens der Versammlung auch der am 14. Juli und folgende Tage in Paris stattfindende internationale Arbeiterkongress erkannt und die Beschildung, desselben beschlossen. Als Delegierter wurde einstimmig Kollege Koch gewählt. Zur Beseitigung der in der „N. Tischler-Zeitung“ bereits erwähnten Arbeitskarten der Flensburger Tischler-Fassung wurde berichtet, daß die Fassung nunmehr auf die Vorstellung der Besuchenden beim zweiten Obermeister (Fassungsnachweissbüro) zwecks Stempelung der Karten verzichtet, dagegen die Uebersendung der leichten seitens der Fassungmeister nach Einstellung von Gesellen auch ferner als wünschenswerth bezeichnet hat. In Erwähnung, daß solche Mittheilungen behufs Streichung offen geweihter Arbeitsstellen bei jedem Nachweissbüro notwendig seien, eine etwa beabsichtigte Kennzeichnung müßliebiger Kollegen aber auch ebenso gut in anderer für leichter unkontrollierbarer Weise erfolgen könne, nahm die Versammlung von weiterem Vorgehen in dieser Angelegenheit Abstand, nachdem noch besonders auf die Pflicht der Kollegen hin gewiesen wurde, nur den Arbeitsnachweis des Fachvereins zu benutzen. Schließlich wurde von den in der Maschinenfabrik von Jeppe Sohn beschäftigten Kollegen mitgetheilt, daß dieselben um Erhöhung des Lohnes vorstellig geworden sind und, da ihnen dieselbe rundweg abgeschlagen, gewillt sind, die Arbeit zu verlassen. Da genannte Firma bedeutend niedrigere Löhne als andere gleichartige Geschäfte zahlt, wurde beschlossen, über die Tischlerwerkstatt der Ersteren die Sperrre zu verhängen.

München. Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 24 der „N. Tischler-Ztg.“, betreffend Berichtung des internationalen Arbeiterkongresses in Paris von Seiten der deutschen Tischler, kann ich heute mittheilen, daß wir in München mit den Ausführungen desselben vollkommen einverstanden sind. Es hat sich erfreulicherweise hier das Bedürfnis gestellt gemacht, sich auch um das zu kümmern, was außerhalb der gewöhnlichen Sphäre liegt. Um nun nicht die Leute zu leiten, die ihre Zustimmung zur Berichtung des Kongresses geben, sollte am Freitag, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, im „Kreuzbräu“ eine öffentliche Schreinerversammlung mit bezüglicher Tagesordnung stattfinden. Schöner Gedanke, aber es kam anders! Unsere Wohlhabende entholb uns der Sorge, indem sie die Versammlung am 26. d. M. verbot und zwar: „Nach den einschlägigen Erfahrungen steht zu erwarten, daß es sich auf diesem Kongreß um Anbahnung von Verbindungen handelt (vgl. Art. 17 des Bayerischen Vereinigungsgesetzes v. 26. Febr. 1850), und auf Grund gleicher Erfahrungen ist nicht zu bezweifeln, daß hierbei unstillbare Bestrebungen zu Tage treten.“ Die Versammlung wurde demgemäß in Anwendung des § 9 Abs. 2 des Sozialistengesetzes verboten.

So ungefähr der Entscheid. Wir bedauern aufrichtig, durch diesen Beschluß in die Lage, uns ganz positiv zu halten zu müssen, versetzt zu sein. Hoffentlich lassen sich die übrigen Kollegen Deutschlands dadurch nicht abschrecken, wenn die Münchener ihren Theil nicht dazu

beitragen können. Wir wünschen nur, daß der Erfolg für alle an diesem Werke Mitarbeitenden ein großartiger und dauernder sein möge.

Zugang ist fernzuhalten von: Bergedorf, Braunschweig, Bremen, Delmenhorst, Fürth, Dresden, Eisenburg, Freiburg i. Sch., Kiel, Kopenhagen, Lübeck, Mainz, Pforzheim und Weimar.

In Bezug auf den von uns schon in Nummer 25 der "N. Tischler-Zeitung" gemeldeten Kopenhagener Tischlerstreik ist uns der nachfolgende Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen:

An unsere Brüder, die deutschen Arbeiter!

Als der Ruf „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ in die Welt hinausgeschallt wurde, erhöhte es für fast taube Ohren. Die Millionen der Arbeiter waren außer Bewußtsein ihrer Kraft; nur Einzelne hörten den Ruf zu dem ihrigen und sammelten die zerstreuten Massen in geschlossenen Zirkeln. Es entstanden die Fachvereine; das Kapital erstaunte.

Hier im Dänemark wurde die Arbeiterbewegung um das Jahr 1871, in's Leben gerufen. Beherrzte, energische Männer stellten sich von Begeisterung ergriffen, an die Spitze ihrer Fachgenossen und schufen nach und nach Vereine. Deren praktische Grundlage und exemplarischer Zusammenhalt es möglich machte, daß alle ihrer Mitglieder hochzuhalten, und haben bis auf diesen Tag selbst den ärgsten Widersachern Bewunderung und Achtung abzuzwingen vermocht. Durch Festsetzung bestimmter Preise für bestimmte Arbeit, durch Abkürzung der Arbeitszeit und durch mannigfaches Streiken und Auseinandersetzungen untereinander, diese Verbesserungen zu bewahren, hatten wir eine Wehr gegen die brutalen Übergriffe der einzelnen Arbeitgeber. Nur unsere Solidarität hat es uns bisher möglich gemacht, diese Vortheile zu behalten.

Doch unsere Freunde ruhieren nicht! Sie haben keinen Augenblick veräumt, um wieder in Besitz ihrer früheren Alleinherrschaft zu kommen. Im Jahre 1885 führten sie gegen einen unserer größten Vereine, "Den Bund der Schmiede und Mähdienarbeiter" einen Schlag, der diese Organisation und danach alle anderen Fachvereine vernichten sollte. Daß dies nicht gelabt kann nur dem energischen Auftreten der übrigen Arbeiter zugeschrieben werden.

Die Situation ist heute die nämliche. Hießige Arbeitgeber der Tischlerei haben ein Dokument in's Werk gelegt, welches, wenn sie ihre Absicht erlangen, unsere Organisation für lange Zeit vernichten wird.

Datum ist es, daß wir zu Euch kommen, Euch um Hilfe anzuwünschen.

Wir sind uns gestohlt, ein Monstre-Dokument von allen Bauhandwerken, eben in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeitern, Möbelräubern und Klempnern in's Werk zu legen. Um diesen Gedanken bei der Geburt zu entwenden, ist eine Stütze unerlässlich notwendig.

Schwarze Hölle ist in diesem Falle **doppelte Hölle**! Die Urkunde, der Streit und die weitere Entwicklung zum Dokument wird bald erzählt sein.

Nachdem ein Gemeinschluß von Arbeitern und Arbeitgebern einen Tarif ausgearbeitet hatte und im Mai vorjähriges Jahres den Organisationen beider vergeben, vertraten die Meister, den nämlichen Tarif, ungestrichen ihre eigenen Interessenverlust an denselben Tarif, das sie zugleich den alten Kreisleutnant aussändigen. Im Herbst handeln wir dann ohne Preis und verabschieden den neuen Tarif durchzuführen. Wir erlangten es doch nicht, sondern fanden mit den Arbeitgebern, überaus daß der alte Tarif noch vorläufig gelten sollte. Am 1. Mai 1885 stellten wir mit dem alten Tarif als Voraussetzung folgende Preisänderungen ein: Ein Sonntag von 10 Uhr für Ausstellung von kleineren Schreibwaren, da dem von den Kleiderarbeitervereinen Preisforsam war der nämliche Abschlag vorgenommen, aber der Sonntag war für Arbeiter, die mit dem Kunden zusammen waren auf 10 Uhr und für Dienstleistungen. Die auf dem Kleiderei fakturirten Kosten gaben wir für Unentgeltlichkeit, sondern die genannten Gebühren waren lediglich die Lebhaber, die auf der Betreuung in den gegenwärtigen letzten Betriebarten verordneten. Die Kleiderarbeiter erzielten bis in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung, und die Erfolge der Kleiderarbeiterorganisation waren so groß, daß das alte Dokument sehr leicht erkannt wurde, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen. Seitdem zu Weißerthielte der Kleiderarbeiter und Kleiderarbeiter Tarif der Tarif der Kleiderarbeiter und des Kleiderarbeiter-Vereins bestimmt. Das neue Tarif steht nun auf dem Kreisleutnant, und der Tarif der Kleiderarbeiter und des Kleiderarbeiter-Vereins bestimmt. Die Tarif steht nun auf dem Kreisleutnant, und der Tarif der Kleiderarbeiter und des Kleiderarbeiter-Vereins bestimmt.

Die Tarif steht nun auf dem Kreisleutnant, und der Tarif der Kleiderarbeiter und des Kleiderarbeiter-Vereins bestimmt.

Unterhandlungen angeknüpft, die jedoch nicht zum gewünschten Resultat geführt haben, obgleich wir uns immer weiter gestreift haben. Zuerst haben wir den Zeitpunkt für Inkrafttreten des neuen Preises bis zum 15. Juli hinausgeschoben, und nachher haben wir noch bis zu 12½ p.M. abgeschlagen. In der letzten Zusammenkunft aber erklärte der Vorsitzende der Meister geradeaus, daß sie am liebsten keinen Tarif haben möchten, um aber doch über die ganze Geschichte hinaus zu kommen, uns aus reiner Gnade 7½ p.M. anbieten wollten, daß wir uns aber schnell bedenken müßten, weil gar dieses Angebot nach einer Viertelstunde nicht mehr geltend wäre. Das nennt man dieserseits Liberalität. Die Antwort war ein energischer Abschlag mit Verachtung. Jetzt war endlich die Hencklerlarve gefasst, es war die Organisation, der man zu Leibe wollte. Der Leitende Geist der "Verhandlungen" sprach nun auch unvorbehaltend aus, daß die Arbeitgeber der Facharbeiter des ewigen "Geschwürs" von den Tarifen hatt waren, daß es viel besser ginge in den Fächern, wo der Meister den Preis bestimmt und das Kapital ward genutzt, in seiner Lust zum Alleinherrschen, und wollte nicht mehr mit "den Armen" auf Altona gehen.

Am Dienstag, den 1. Juni, zeigte sich die Tyrannie des Geldsackes denn auch im richtigen Lichte; ich widerlich's Haupt ließ sich sehen und schnitt einige Grünassen, eine Schredensmasse für hungrige Arbeiter: Das Dokument.

Durch diesen Machtspurz sind 500 Tischler brotlos gemacht und wahrscheinlich ist es, daß mehrere nachfolgen werden, wenn wir nicht unseren Feinden Respekt einlösen können durch Bekanntmachung der Beiträge, die sehr eifrig von unseren Freunden studirt werden. Wenn sie daraus ersehen, daß wir Euch mit uns haben, werden sie vielleicht bedenklich.

Die unbekannte Größe unseres Landes im Verhältnis zum gegenwärtigen, und wahrscheinlich noch größeren künftigen Umlauf des Königreiches erschwert uns die notwendige Stütze innerhalb unserer eigenen Landesgrenzen zu erhalten; wir wissen aber auch, daß für uns, die Unterdrückten, die Ausgebulten, die Proletarier, es keine von Machthabern gesetzte Grenzen gibt, kein Unterschied der Rasse oder Nation; wir haben Alle einen Gedanken, ein Ziel und ein Vaterland. Die ganze Erde.

Den düsteren Aussichten zum Trotz sind wir doch guten Muttes und sind bereit, den Kampf bis auf's Äußerste zu führen. Diesmal sind wir der Vortrab. Heute ist es an uns, die Schanze der dänischen Fachvereine zu verteidigen. Fallen wir, wird man morgen ein anderes Nach nehmen: demnach verlieren wir, verlieren Alle Datum. Brüder, bitten wir Euch, helft uns und helft uns schnell!

Mit brüderlichem Gruß:

Der Vorstand des Fachvereins der Tischler.

E. W. Olsen, Vorsitzender.

Römersgade 22, Kopenhagen K.

Beiträge sind an folgende Adresse zu senden:

P. D. Nielsen, Kassirer.

Römersgade 22, Kopenhagen K.

Auch ich rufe: Nachdem vornehmender Aufruf bereits gefeiert war, ging uns von Kopenhagen noch die Mitteilung zu, daß zum Zweck der Vahmlegung der Tischler am vorigen Sonntagnachmittag auch noch 500 Möbelarbeiter ausgeworfen worden sind, indem die Arbeitgeber einfach ihre Werkstätten zuschlossen. Die Redaktion.

Viterarische.

Von der "Neuen Zeit", Stuttgart, Verlag von J. H. Dies, in sieben das Heft des 7. Jahrganges erschienen.

Unheil ist über uns gekommen: Die Bergarbeiter und der Bauerntum, vornehmlich in Thüringen. Von Karl August Hermann Albrechtowitsch Lovatin. Eine biographische Skizze. Nach dem Kürmischen des P. L. Löffelholz — Die Arbeiterbildungsgesellschaft Österreichs insbesondere die Arbeitervereinigung. Vorreden von Dr. Strelau in Wien. — Jahresbericht des Grossherzogtum Badischen Fabrikarbeiter für das Jahr 1885. — Ludwig Braun's Wiediche Verbrechen von Alfredo Wittich. Literarisches Kürmchen. — Schauspiel "Die drei Freunde vom Weiher" — Nordische Wandlungen der Katholiken in Nordamerika. — Weltbeziehungen zwischen Pflanzen und Menschen im heutigen Amerika. — Die Anatolabieten in Louisiana. — Die Häringsschlacherei. — Die Lebensmittelversorgung der Vereinigten Staaten.

Briefkasten.

Leipziger, 1. M. Sie müssen aber auch den Betrag für Porto und Verbinden. Das einzige Heft kostet 3.— 3—4 Heft 10.—, Porto 1.—

Leipziger, 1. M. Es fehlen noch 30.— für das Bildungsamt für vorjähriges Jahre.

Leipziger, 1. M. Für das zweite Quartal M. — Weißerthielte. Der Betrag für das Bildungsamt für Verbinden zu den örtlichen Verwaltungsstellen.

Kappel, 1. M. Wir haben doch ausdrücklich beront, daß das "Bildungsamt" nicht mehr wie früher, das heißt durch Selbstverwaltung, bezogen werden kann, sondern entweder unter Staatshand oder direkte Benutzung beim betreffenden Postamt. Theilen Sie uns mit, wofür Sie sich entschieden.

Stolz, 1. M. Bis auf 3.— Nummern in die

Zeitung von den beiden ersten Quartalen noch komplett zu haben. Zeichnungen fehlen nicht.

Merseburg, 1. M. Sie werden in der nächsten Nummer über Ihre Frage eine ausführliche Auskunft finden.

Bauerwitz, 1. M. Wenn Sie uns mittheilen, welche Nummern nicht angekommen sind, erfolgt Nachlieferung.

Chemnitz: Raum für die vorige Nummer zu spät, für diese zwecklos; dies übrigens auch schon deshalb, weil der in der Zuschrift mit Vorgesetztem ein Mandat nicht annehmen würde.

Mülheim, 1. M. Was verstehen Sie unter "Fournier-Madeln"? Diesen Ausdruck hören wir zum ersten Mal. Meinen Sie Einteilung in "Fournier" zusammenzusehen? Solche bekommen Sie in jedem größeren Eisenwarengeschäft.

Kauebold. Bericht in nächster Nummer.

Anzeigen.

Adressen von Zahlstellen des Deutschen Tischlerverbandes und von Tischler-Fachvereinen.

Mainzheim. Bevollmächtigter: Louis Möller, J. 1. 3., zweite Etage; Kassirer: Friedrich Wagner, T. 1. 14., dritte Etage. Herberge und Arbeitsnachweis: in der "Weißen Taube", T. 1. 9. Reiseunterstützung — an Wochentagen beim Kassirer Mittags 12—1 Uhr.

Hirschberg, 1. Sch. Bevollmächtigter: J. Böckel, Drahtziehergasse 2, zweite Etage; Kassirer: A. Würfel, Hellerstraße 6; dagebst Reiseunterstützung Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr. Herberge und Arbeitsnachweis "Zum langen Hause", Hirschgrabenpromenade.

Zwei bis drei Tischler, gute Bauarbeiter, werden gesucht von G. Schlebrecht, Tischlermeister in Detmold.

Zwei bis drei tüchtige Möbelarbeiter, finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn bei E. Groß, Landau, Rhein-Pfalz.

Bekanntmachung.

Allen Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Arbeitsnachweis- und Herberge bei Herrn Lehmann, Neufirchhof Nr. 28, befindet. Ebendaselbst wird auch laut Beschluss einer öffentlichen Versammlung durchreisenden Kollegen 50.— Reiseunterstützung ausbezahlt. Wir ersuchen sämtliche Kollegen, nur auf unserer Herberge und Arbeitsnachweis zu verkehren, den Arbeitsnachweis der Zunft bei Prof. Ulrichs, Görlitz, zu meiden und das Umhauen zu unterlassen.

Im Auftrage der Kommission der Tischler-Leipzigs und Umgegend: Zimmermann.

Deutscher Tischlerverband.

Zahlstelle Freiburg i. Sch.

Wir ersuchen alle die hierige Zahlstelle betreffenden Sendungen nur an den jewigen provisorischen Bevollmächtigten A. Winkel, Am Graben 23, zu richten, da der bisherige Bevollmächtigte Padelt seines Postens entthronen worden. Der Kassirer, C. Bürgel, wohnt Waldenburgerstraße 36. Die Ortsverwaltung.

Abrechnung der Lohnkommission für die getätigten Ausgaben der Lohnbewegung von 1889 inklusive des partiellen Streiks.

Einnahme:	
Von auswärts eingegangen	M. 310,10
Von der Zentral-Streikkommission	50.—
Vorstand aus der Verbandsklasse	150.—
Auf Sammelbögen von den Tischlern, Maurern, Schmiedern usw.	434,51
Von der Zahlstelle Schwerin an die Lohnkommission überwiesen	204,39
Von den Maurern	29,30
Von Fachverein der Arbeitsteile	15.—
Von den Schlächtern	3,30
Summa M. 1196,60	

Ausgabe:	
An Streikunterstützung für acht Wochen	M. 893,—
An Ab- und Durchreisende	76,50
Drucksachen, Porto, Papier, Lohnbücher, Zeit-	
verbindliche, Zeitungsanzeigen	47,10
Nachporto gefundene	30.—
An die Verbandsklasse zurückgezahlt	100.—
Kassenbestand	50.—
Summa M. 1196,60	

Vorliegende Abrechnung geprüft und für richtig befunden.

Gönnert, Degen, Sübbe.

Technikum Buxtehude.

Schüler aus unserer Tischlerschule kann ich zum 1. Juli als Zeichner oder Werkmeister empfehlen.

Direktor Ditterkiser.

